

Minoritäre Allianz

Geschichte eines politischen Konzepts



Das Lichtermeer, Jänner 1993 | Fotos: Lukas Beck

Diese Einladung^[1] gibt mir Gelegenheit, auf eine Zeit zurückzublicken, die nun knapp 30 Jahre zurückliegt, und über einen Begriff zu sprechen, der mir seither viel bedeutet. Es geht um die „minoritäre Allianz“: ein programmatisches Konzept, ein Orientierungsrahmen für politisches Handeln. Ich werde es nicht als Terminus mit feststehender Bedeutung definieren, sondern in einen historischen Kontext setzen und aus seiner Entstehungszeit heraus sowie anhand der Ausführung jener Ziele erörtern, welche die *Initiative Minoritäten* [IM] von ihrem Anfang an verfolgt hat.

^[1] Leicht gekürzter und überarbeiteter Vortrag, gehalten auf der IM-Tagung „Minoritäre Allianzen“, am 11. 11. 2022 im Museum der Volkskunde Wien.

Ich war Teil dieser Geschichte, und das nicht nur als Zeitzeuge, sondern als aktiver Mitstreiter. Darum sei es mir erlaubt, hier in der Ich-Form zu sprechen. Anschließend werde ich doch einige systematische Aspekte der minoritären Allianz formulieren.

Die helfende Hand

Zur IM kam ich im Jänner 1993, am Tag des *Lichtermeeres*, einer Reaktion auf das „Anti-Ausländervolksbegehren“ der FPÖ unter dem Titel „Österreich zuerst“.

Das Lichtermeer war beeindruckend. An der Veranstaltung in Wien nahmen um die 300.000 Menschen teil. (Dass ein paar Tage danach etwa

420.000 Personen das Volksbegehren der FPÖ unterschrieben haben, steht auf einem anderen Blatt.) Es war ein großartiges Zeichen, ein Gefühl der Befreiung vom braunen Sumpf der jüngeren Geschichte, ein Ruck der Solidarität. Dennoch war mir nicht sehr wohl in der Menschenmenge, die mit Fackeln in der Hand das „andere Österreich“ proklamierte.

Im Lichtermeer erblickte ich (vielleicht zu Unrecht) eine jener gutgemeinten Aktionen, mit denen engagierte Einheimische erstens beweisen wollten, dass dieses Land auch ein menschliches Antlitz hatte: ein – wohl unbeabsichtigter – Persilschein. Zweitens reichten sie den „armen“ Migrant*innen wieder einmal

ihre schützende und helfende Hand. Wo man sich damals auch in der eigenen „Blase“ hindrehte, stieß man auf ein Hilfsangebot.

Es war eine Zeit der Verkettung von Phänomenen mit nachhaltenden Auswirkungen. Der „Ostöffnung“ folgte der „Jugoslawienkrieg“; das immer schärfer werdende Einreise- und Aufenthaltsrecht schien eine Antwort auf diese Entwicklungen zu sein. Den Hauptgegenstand öffentlicher medialer Debatten wie des offiziellen politischen Diskurses bildeten *Zuwanderung* und *Ausländer*. Sozial- und Kulturwissenschaften forcierten alsbald das Thema „kultureller Differenzen“ zwischen Zugewanderten und Einheimischen. Nicht wenige Bücher und Artikel trugen damals den Titel oder Untertitel „Das Fremde und das Eigene“.

Äußere Umstände

Ich traf also auf jene Gruppe von Leuten, die ein „Jahr der Minderheiten“ im Stil des Gedenkjahres plante und sich *Initiative Minderheitenjahr* nannte. Der Verein suchte eine*n Redakteur*in für seine Zeitschrift „*Stimme* von und für Minderheiten“, ich kam am besagten Tag des Lichtermeers zum Bewerbungsgespräch, bekam glücklicherweise die Stelle und ging anschließend zusammen mit den anderen Anwesenden auf die Demo.

Die Zeitschrift führte eine strategische Linie als Plattform der Minderheiten – sie wollte nicht Stimme einer Gruppe sein, auch nicht paternalistisch oder anwaltschaftlich agieren, sondern ein mediales Podium bereitstellen, auf dem Minderheiten ihre Anliegen miteinander austauschen konnten; Gemeinsamkeiten, Überlappungen, ähnliche Interessen und Ziele, aber durchweg auch Unterschiede. Das Programm des Vereins lautete: eine *Politik der Minderheiten* statt Minderheitenpolitik.

Inzwischen hatte die ohnehin bedrückende Stimmung für Migrant*innen



Allianz kann vieles bedeuten und auf vielen Motiven fußen – etwa: Solidarität; strategisches Bündeln der eng bemessenen Kräfte; der Wunsch, sich nicht spalten zu lassen und Feststellung von Gemeinsamkeiten; aber auch: Bewusstsein vom gemeinsamen Gegner ... Die Idee der minoritären Allianz wird von alledem ein wenig mitgetragen.

in der Briefbombenserie eine neue Ebene der Verunsicherung erreicht. Der Terror der „Bajuwarischen Befreiungsarmee“ gegen Minderheitenangehörige und deren Verbündete hinterließ eine blutige Liste: 25 Briefbomben, drei Sprengfallen, vier ermordete und 13 zum Teil schwer verletzte Menschen zwischen Dezember 1993 und Dezember 1996. Am Ende wurde ein Einzeltäter namens Franz Fuchs verhaftet, der sich im Gefängnis (ohne Hände und Unterarme) umbrachte.

Das politische Klima, in dem der Anteil des anwachsenden Rassismus spürbar wurde, und die strikten „Fremdengesetze“ trugen ihren Teil dazu bei, dass minoritäre Gruppen sich immer mehr einer Gefahr ausgesetzt sahen. Vernetzung und Kooperation zum Zweck des Selbstschutzes wurden für Minderheiten erforderlich.

Begriff „Minderheiten“

Die breit angelegte Auffassung des Begriffs „Minderheit“, programmatisch für die IM, war indes kein Vorteil für eine solche Vernetzung. Niemand wollte so recht partikuläre emanzipatorische „Differenzbewegungen“ neben ethnische Minderheiten stellen, schon gar nicht die *neuen* Minderheiten, wie Migrant*innen-Gruppen gelegentlich bezeichnet wurden. Staat und Regierung waren gegen eine breite „Front von Anderen“, die Bevölkerung in ihrer Mehrheit ohnehin, sogar sogenannte autochthone Minderheiten, in Österreich seit dem 1976 verabschiedeten Gesetz „Volksgruppen“ genannt, hatten ein Problem damit, mit anderen minoritären Gruppen quasi in einem Boot zu sitzen. Ein bedeutender Volksgruppenvertreter beantwortete 1993 im Interview meine Frage über ein gemeinsames Jahr der Minderheiten mit folgenden Worten: „[...] Es gibt die Minderheit der Kahlgeschorenen, es gibt die Minderheit der Wiener Strizzi – ich hoffe, dass das eine Minderheit ist –, aber mir ist die Frage nicht ganz klar.“

Auch dies war ein Grund für die Bemühungen der IM um eine Politik der Allianz: Akzeptanz der anderen Gruppen als Minderheiten, aber auch Anerkennung der ähnlichen Interessen, damit um die ohnehin knappen Ressourcen nicht gestritten werden sollte; also keine Konkurrenz zwischen Minorisierten, sondern eine gegenseitige Solidarität – das schwebte uns vor. Vor allem aber hatten wir erkannt, dass es strukturelle Gründe für eine minoritäre Allianz gab; doch darauf komme ich später zurück.

Ebenso wichtig war für die IM eine Allianz mit der *Mehrheit*, um den demokratiepolitischen Rahmen zu erhalten und die realpolitische Ebene von Verhandlungen und von „kleinen emanzipatorischen Schritten“ nicht ganz zu verlassen. Der eingetragene Vereinsname der IM lautete folgerichtig „Verein für das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten“.

All diese mit meinen Kolleg*innen geteilten Überlegungen begann ich bereits ab meinem ersten Jahr als Redakteur in *Stimme*-Texten, anderweitig abgedruckten Artikeln und Vorträgen zu formulieren. Dabei fokussierte ich auf *Politik der Minderheiten* und *Minoritäre Allianz* als programmatische Begriffe und betonte sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit. In einem etwas längeren und eher wissenschaftlicheren Text^[2] führte ich folgende Argumente dafür an:

- Es gibt Ähnlichkeiten bzw. Gemeinsamkeiten zwischen historischen und ethnischen Minderheiten (Volksgruppen) sowie neuen partikularen emanzipatorischen Bewegungen; auch den Migrationsminderheiten.

- Diskriminierung stellt die allen diesen Gruppen gemeinsame Erfahrung dar.

- Darum bilden auch die anderen Gruppen neben Volksgruppen eine Minderheit: Diese Kategorie ist (ebenso historisch) nicht nur ethnisch gedacht, auch nicht numerisch (es geht weniger um die kleine Anzahl der Angehörigen, sondern um Machtverhältnisse). Die Kategorie ist zudem nicht durch nur *objektive* oder nur *subjektive* Kriterien gebildet, sondern stellt eine Mischung der beiden dar: Die eigene Kultur oder das „Volkstum“, das Bewusstsein oder das Bekenntnis zur Gruppe sind nicht allein ausschlaggebend; beim Minorisierungsprozess ist ein Konstrukt aus all diesen Faktoren im Spiel.

Alle *Stimme*-Hefte, nahezu alle Aktionen, Kampagnen und Veranstaltungen

^[2] Wechselspiel der Identitäten. Bemerkungen zum Minderheitenbegriff. SWS-Rundschau, Heft 4/1994.

der IM in den nächsten zehn Jahren waren stark geprägt durch diese Gedanken. Freilich bildete das *Minderheitenjahr 1994* den Höhepunkt unserer Bemühungen, und die *Tagung der Minderheiten* im Herbst 1994 mit einem gemeinsamen Forderungskatalog war ein lebendiges Beispiel für die minoritäre Allianz.

Strukturelle Aspekte

Allianz kann vieles bedeuten und auf vielen Motiven fußen – etwa: Solidarität; strategisches Bündeln der eng bemessenen Kräfte; der Wunsch, sich nicht spalten zu lassen und Feststellung von Gemeinsamkeiten; aber auch: Bewusstsein vom gemeinsamen Gegner ... Die Idee der minoritären Allianz wird von alledem ein wenig mitgetragen. Es gibt aber auch eine Art *strukturelle Mengenlehre*, die für mich das wichtigste Argument für dieses Konzept ausmacht.

Die Analyse der Intersektionalität von Diskriminierungen, begrifflich geprägt durch die US-amerikanische Juristin Kimberlé Crenshaw, wurde erst ab Mitte der 1990er Jahre im deutschsprachigen Raum bekannt. Es kursierte damals jedoch eine ähnliche (wenn auch nicht deckungsgleiche) Konzeption, mit der die IM ebenfalls arbeitete: Es war damals viel von „multiplen Identitäten“ die Rede. Kein Mensch kann/darf auf nur eine Identität reduziert werden; auch Diskriminierung findet oft gebündelt statt: etwa zugewanderte Frauen erleben Benachteiligungen auf eine doppelte Weise, als Frauen und als Zugewanderte ...

Der zentrale Punkt (vor allem aus meiner Sicht) war allerdings eher die Erkenntnis einer logisch-dialektischen Struktur: Minderheit ist eine Kategorie, die ein *Verhältnis* ausdrückt, das zwischen ihr und der Mehrheit besteht. Beide Seiten können nur angesichts der jeweils anderen Seite wirklich begriffen werden. Wenn wir von Minorisierung reden, so müssen wir uns auch die Prozesse der *Majorisierung* ansehen. Die

wichtigste Folge dieses Wechselspiels bildet eine bewegliche Anordnung von Konstellationen. So kann Minorisierung aufgrund einer Behinderung etwa nationale oder ethnische Majorisierung nicht ausschließen. Das gilt für die meisten minoritären und majoritären Identitäten. Jemand kann als schwuler Mann auch der Mehrheit im nationalen Sinne angehören und etwa Zugewanderte (darunter durchaus auch schwule Männer) diskriminieren.

Es gibt demgemäß keine endgültigen Positionen bei Gegenüberstellungen. Politik der Minderheiten verweist nicht auf eine endgültige Spaltung zwischen Schwarz und Weiß. Spaltungen, besser: Gegensätze, sind temporär und relativ. Sie bedingen den jeweiligen Part und Gegenpart.

Wenn ich der Minderheit und der Mehrheit zugleich (und in Relation) angehören kann, *muss* ich im Rahmen der Politik der Minderheiten eine Allianz mit anderen Minderheiten eingehen, und mit meinen temporären „objektiven“ Gegner*innen gemeinsam gegen eine Struktur kämpfen, die uns beide hervorbringt. Intersektionalität, verstanden als Überschneidung von unterschiedlichen, zeitweilig sogar gegensätzlichen „Positionen“ (besser: Konstellationen) und Identitäten – das macht minoritäre Allianzen notwendig.

Können soziale Bewegungen der Gegenwart dieses Konzept übernehmen? Bildet die minoritäre Allianz einen politischen Orientierungs- und Handlungsrahmen für engagierte Personen unserer Zeit?

Ich stelle diese Fragen in den Raum. Die IM führt jedenfalls ihre Arbeit entlang minoritärer Allianzen fort. ▬

Hakan Gürses ist Wissenschaftlicher Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB) und Vorstandsmitglied der Initiative Minderheiten.